

AußenwirtschaftsNews – China

07/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Wirtschaftliche Lage

- Im zweiten Quartal 2026 nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Chinas nur um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das war das schwächste Wachstum seit mehr als drei Jahren. Im ersten Jahresviertel lag die Wachstumsrate noch bei 5,0 Prozent. Vor allem der Iran-Krieg belastete die Wirtschaftsleistung, China bezieht einen Großteil seiner Energie aus der Golf-Region.
- Die Industrieproduktion wurde im Juni um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ausgeweitet. Wachstumstreiber waren 3-D-Drucker, Lithium-Ionen-Batterien und Industrieroboter. Schwierig war die Entwicklung bei petrochemischen Produkten, die unter den hohen Preisen und Lieferengpässen in Folge des Iran-Kriegs leiden.
- Die Inlandskonjunktur entwickelt sich schwach. Der Einzelhandelsumsatz nahm im ersten Halbjahr um lediglich 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Die Anlageinvestitionen gingen sogar um 5,7 Prozent zurück. Das lag vor allem an den Investitionen im Immobiliensektor, die um ganze 18 Prozent einbrachen.
- Die chinesischen Exporte hingegen wachen weiterhin sehr dynamisch. Im Juni wurde das Vorjahresniveau um ganze 27 Prozent übertroffen. Positive Impulse kamen vor allem von Halbleiter, IT-Technik und Autos.

2 Handels- und Zollpolitik

- Am 1. Juli 2026 trat eine neue [EU-Verordnung](#) in Kraft, die den Stahlsektor der EU vor den schädlichen Auswirkungen globaler Überkapazitäten schützen soll. Je nach Warenkategorie gelten unterschiedliche Kontingente pro Jahr, die zollfrei in die EU eingeführt werden dürfen. Die Hälfte der verfügbaren zollfreien Quote ist für Stahl aus Ländern reserviert, mit denen die EU ein Freihandelsabkommen hat. Die andere Hälfte steht allen offen. Außerhalb der Kontingente greift ein Zollsatz von 50 Prozent. Die globalen Überkapazitäten im Stahlsektor werden vornehmlich von China, Indien und der Türkei erzeugt. Innerhalb der EU hat Deutschland die mit Abstand größte Stahlindustrie.

- Am 1. Juli 2026 schaffte die EU die bisherige [Zollfreigrenze von 150 Euro für Kleinsendungen aus Drittstaaten](#) ab. Die Zollfreigrenze sollte ursprünglich administrative Vereinfachung schaffen. Im Zuge des Plattformhandels hat sie sich jedoch zu einem strukturellen Vorteil für Anbieter aus Drittstaaten entwickelt. Ab sofort greift eine pauschale Abgabe von drei Euro je Zolltarifposition, was insbesondere den Massenversand günstiger Konsumgüter aus China betrifft. Ein Einbruch der Nachfrage ist nicht zu erwarten. Vielmehr ist mit einer Verlagerung vom Direktversand zu gebündelten Einfuhren in europäische Lager zu rechnen.
- Am 7. Juli 2026 führte die EU-Kommission [endgültige Antidumpingzölle auf chinesische Einfuhren von Reifen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge](#) ein. Die festgesetzten endgültigen Antidumpingzölle liegen zwischen 4,3 und 45,3 Prozent. Die Einführung der endgültigen Zölle erfolgt im Anschluss an eine Untersuchung, bei der festgestellt wurde, dass die besagten Reifen aus China zu Dumpingpreisen in die EU eingeführt wurden. Dies fügt der EU-Reifenindustrie, die in 14 EU-Ländern über 80.000 Menschen beschäftigt, nach Angaben der Kommission einen Schaden zu.
- Einer [Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung](#) zufolge könnte Deutschland von den geplanten US-Hafengebühren für in China gebaute Handelsschiffe profitieren. Da deutsche Reedereien weniger auf Schiffe aus chinesischer Produktion setzen, könnten die Exporte in die USA um etwa zwei Prozent zulegen und Marktanteile gutmachen. Mit den Gebühren verfolgt die US-Regierung das Ziel, Chinas starke Stellung im Schiffbau zu schwächen und begründet dies mit der nationalen Sicherheit.

3 Exportkontrollen

China plant Berichten zufolge strengere Exportbeschränkungen für Technologien im Bereich Künstliche Intelligenz und Halbleiter. Wie die [Financial Times](#) berichtet, treibt das chinesische Handelsministerium entsprechende Pläne voran. Ziel ist es, die Nutzung strategisch wichtiger Technologien im Ausland zu erschweren. Demnach hat das Ministerium bereits Gespräche mit Unternehmen wie Alibaba, ByteDance und Zhipu über mögliche Einschränkungen beim Transfer sensibler KI-Trainingsdaten ins Ausland geführt. Zudem werden offenbar Regeln geprüft, die ausländischen Auftragsfertigern wie Qualcomm und TSMC die Produktion besonders leistungsfähiger Chips nach Entwürfen chinesischer Firmen untersagen könnten. Die neuen Vorgaben in die nächste Aktualisierung des Katalogs für verbotene oder beschränkte Exporttechnologien einfließen. Die bayme vbm bieten ihren Mietgliedern das kostenlose Webinar [Das chinesische Exportkontroll- und Sanktionsrecht](#) an. In diesem Webinar erläutern wir die Grundlagen chinesischer Exportkontrollen und ordnen die jüngsten Entwicklungen ein.

4 Wirtschaftspolitik

- Die chinesische Datenbehörde hat einen [Umsetzungsplan](#) vorgestellt, der den Aufbau hochwertiger Branchendatensätze für die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz vorantreiben soll. Bis Ende 2028 sollen in wichtigen Wirtschaftsbereichen zahlreiche validierte und praxiserprobte Datensätze entstehen. Ziel ist ein Kreislauf, in dem Anwendungsfälle hochwertige Daten schaffen, diese die KI-Modelle verbessern und daraus neue Anwendungen hervorgehen. Schwerpunkte des Plans sind u. a. die industrielle Fertigung, der Verkehrs- und Gesundheitssektor sowie Zukunftsfelder wie die KI-gestützte Robotik. Ein allgemeiner freier Zugang zu den Daten ist nicht vorgesehen. Stattdessen soll der Datenzugang über Datenbörsen, Abonnements oder individuelle Dienstleistungen erfolgen. Der Plan verdeutlicht Chinas strategische Absicht, die Entwicklung des KI-Sektors mithilfe staatlich gesteuerter Datenressourcen gezielt voranzutreiben.
- China richtet seine Batteriesteuer neu aus. Ab dem 1. September wird auf etablierte Batteriesysteme wie Lithium-Ionen-Batterien wieder eine [Verbrauchssteuer](#) erhoben. Zunächst beträgt sie zwei Prozent. Ab September 2027 steigt sie auf vier Prozent. Mit dieser Maßnahme reagiert China auf Überkapazitäten und den starken Preisdruck im Lithiumbatteriemarkt. Innovative Technologien wie Festkörper- und Natrium-Ionen-Batterien sowie Brennstoffzellen bleiben hingegen bis Ende 2028 steuerfrei, um ihre Entwicklung und Markteinführung gezielt zu fördern.

5 Dialog

Die EU und China haben eine neue Dialogplattform etabliert. Am 29. Juni 2026 hielten EU-Handelskommissar Maros Šefčovič und Wang Wentao, Handelsminister der Volksrepublik China, das erste Treffen im Rahmen der [Handels- und Investitionskonsultationen \(TIC\)](#) zwischen der EU und China ab. Es wurden vier erste Arbeitsbereiche im Rahmen der TIC festgelegt: Handel und Investitionen, Exportkontrollen, Rechte des geistigen Eigentums sowie WTO-Reform. Kommissar Šefčovič und Minister Wang beauftragten ihre Beamten, die Arbeit in den vier Arbeitsbereichen aufzunehmen, und vereinbarten, sich im Herbst 2026 erneut auf Ministerebene zu treffen.



Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442

tatjana.vargas@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

Elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.